



MASoF

„Magdeburger Archiv für Sozialfotografie“
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)
Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen
Breitscheidstraße 2
D 39114 Magdeburg

Tel: +49-391-886 43 13
Mobil: +49-170-247 87 92
Fax: +49-391-886 42 93
Email: masof@sgw.hs-magdeburg.de
Web: www.masof.de

MitarbeiterInnen:
Prof. Dr. Karl-Heinz Braun
Matthias Elze
Stefan Deike
Sonja Gröbler

Karl-Heinz Braun

Fragestellungen für die Reportage über Soziale Schlüsselprobleme – unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsbedingungen von Kindern/Jugendlichen in Ostdeutschland

Magdeburg 2008

Fragestellungen für die Reportage über Soziale Schlüsselprobleme – unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsbedingungen von Kindern/Jugendlichen in Ostdeutschland

Magdeburg 2008

Soziale Probleme und ihre – möglichst präventive – Bewältigung sind zentrales Aufgabenfeld der Sozialen Arbeit. Sie resultieren grundlegend aus drei zusammenhängenden Sachverhalten:

- Es werden relevante Bevölkerungsgruppen von der Integration in die gesellschaftlichen *Großsysteme* ausgeschlossen. Diese sind besonders der Arbeitsmarkt, das Bildungssystem, die sozialen Sicherungssysteme und die politischen Institutionen, Vereinigungen und Bewegungen.
- Es werden relevante Teile der Bevölkerung von den verschiedenen Formen der *Sozialintegration* ausgeschlossen, also weder kulturell (z.B. mit ihren spezifischen Traditionen) noch kognitiv-moralisch (z.B. hinsichtlich ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen) noch expressiv-emotional (z.B. hinsichtlich ihrer Ansprüche an eine „schöne Wohnung“) integriert.
- Die *Abstimmung* zwischen den verschiedenen Institutionen und Formen der Systemintegration und der Sozialintegration sind unzureichend (so werden z.B. Familien mit der Bewältigung sozialer Probleme durch Arbeitslosigkeit und Verarmung überlastet, weil die sozialen Sicherungssysteme ihre Leistungen abbauen bzw. nicht den neuen Herausforderungen anpassen).

Soziale Entwicklungstrends werden – wie im Papier zu den Milieus (Abschnitt B) ausgeführt - dann zu sozialen Problemen, wenn die innerhalb und zwischen den Milieus auftretenden sozialen Strukturkonflikte (Rangordnungs-, Verteilungs- und Regelkonflikte) nicht (hinreichend) bearbeitet werden und auf diese Weise das soziale Konfliktpotenzial steigt wie auch das Ausmaß der manifest werdenden Konflikte (z.B. in Form von Kleinkriminalität, von Steuerhinterziehungen, von Gewalttaten gegen einzelne Gruppen, von sozialen Protestbewegungen). – Soziale Probleme erfordern immer auch eine gesamtgesellschaftliche Analyse und Bearbeitung, weil sie gesamtgesellschaftlich erzeugt werden. Was das bezogen auf Ostdeutschland heißt, soll an einer besonders gravierenden Problemkonstellation gezeigt werden, nämlich dem Umbau der Arbeitsgesellschaft als einer der zentralen Voraussetzung für die Erneuerung und Erweiterung der Möglichkeiten der System- und der Sozialintegration.

A. Zentrale Ursachen für die sozialen Problemlagen in den ostdeutschen Bundesländern – unter besonderer Berücksichtigung der Lebenslagen und –welten von Kindern und Jugendlichen

Wie immer man die sich abzeichnenden neue Gesellschaft bezeichnen mag (z.B. als Wissens-, Erlebnis-, Konsum-, modernisierte Industrie-, Dienstleistungs- oder Risikogesellschaft), sie wird in jedem Fall auch und besonders eine *Arbeitsgesellschaft* sein, die sich allerdings in erheblichem Masse von der unterscheidet bzw. unterscheiden wird, wie wir sie seit 1945 (international) kennen gelernt haben. Das gilt insbesondere für die sozialpolitische Absicherung der Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt und die damit verbundene Stabilisierung des (männlich ausgerichteten) Normalarbeitsverhältnisses. Mit seiner Erosion wird auch die berufsbezogene „Normalbiografie“ nachhaltig in Frage gestellt. Die heutigen Jugendlichen wachsen somit in eine Gesellschaft hinein, in der Erwerbsarbeit einerseits subjektiv einen hohen Stellenwert hat, die andererseits einem großen Teil der Bevölkerung nur noch phasenweise und einem bestimmten, wachsenden Teil (fast) gar nicht mehr zugänglich ist. Diese Ambivalenz wirft auch für die soziale Integration und die sozialpolitische Unterfütterung der Förderung der Kinder und Jugendlichen neue Fragen auf.

Für Ostdeutschland zeichnen sich gegenwärtig folgende Trends ab

1. Wirtschaftliche Rückständigkeit

Es nimmt seit 1996 die wirtschaftliche Rückständigkeit des Osten gegenüber dem Westen wieder zu, wie sie sich zeigt an der mangelnden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (gemessen am Bruttoinlandsprodukt [BIP] je Einwohner und je Erwerbstätige(r) und am Einkommensniveau, welches gerade durch die weit verbreitete untertarifliche Bezahlung gesenkt wird).

2. Mehr Endverbrauch als Produktion

Es gibt ein starkes Auseinanderfallen von Produktion und Endverbrauch; diese „Produktionslücke“ beträgt ca. 40% des BIP der neuen Länder und wird durch öffentliche und private Transferleistungen sowie Pendlereinkommen kompensiert. Gerade die viel zu kleine industrielle Basis verfestigt diese Dependenzökonomie.

3. Zu wenig wissensbasierte Produktions- und Dienstleistungsbranchen

Die strukturellen Defizite im Vergleich zu Westdeutschland zeigen sich speziell bei dem geringen Anteil der für Innovationen und Export wichtigen wissensbasierten Produktions- und Dienstleistungsbranchen aufgrund der Dominanz kleiner und mittlerer Betriebe mit allenfalls sehr geringer betriebliche Forschung. Daraus resultiert eine schlechte regionalwirtschaftliche Wettbewerbs- und Ausgangslage (geringer Anteil des überregionalen Umsatzes, kleine Marktanteile, zu wenig Eigenkapital) und eine stabile Dominanz von westdeutschen bzw. ausländischen Unternehmen, die den Osten mit den handelbaren Gütern und Dienstleistungen versorgen, ohne dort zumeist selber zu investieren.

4. Hohe strukturelle Arbeitslosigkeit

Die registrierte Arbeitslosigkeit beträgt stabil das Doppelte wie in den alten Bundesländern (zusammen mit denjenigen, die in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit - insbesondere in „Ein-Euro-Jobs“- bzw. in Vorruhestand sind oder zur „stillen Reserve“ zählen, beträgt die Quote sogar ca. 28%).

5. Hohe öffentliche Haushaltsdefizite

Die öffentlichen Haushalte sind hochgradig defizitär (Sachsen-Anhalt ist von den Flächenstaaten am höchsten verschuldet) und erreichen nur ca. ein Drittel der originären Steuerkraft von Westdeutschland. Dabei werden diese Transferzahlungen im Rahmen des Solidarpakts II ab 2007 deutlich zurückgehen.

6. Negative Ost-West-Wanderungsbilanz

Es gibt weiterhin eine stabile negative Ost-West- Wanderungsbilanz (von 1989 bis 2003: 3.1 Mill. Fortzüge und 1,7 Mill. Zuzüge). Hierbei ist zu beachten, dass die große Mehrheit der Abwandernden einen Arbeitsplatz hatte bzw. hat oder nach Abschluss der Ausbildung hier gar nicht nach einem gesucht hat; dass hauptsächlich junge (hoch)qualifizierte Frauen abwandern (die allerdings im Unterschied zu den Männern nicht nur berufliche, sondern gleichwertig auch persönliche Motive dafür haben); dass diese Negativbilanz die Alterststruktur erheblich verändert; und dass von alle dem die Regionen sehr unterschiedlich betroffen sind (und es in den benachteiligten Gebieten zu deutlichen Einbußen in der Infrastruktur kommt - besonders im Verkehrswesen, dem ÖPNV sowie den Bildungs- und Kultureinrichtungen -, wodurch sich der Abwanderungsdruck nochmals verschärft)

7. Strukturelles Entwicklungsdilemma

Es entsteht so das strukturelle Entwicklungsdilemma, dass die neuen Bundesländer einerseits mehr öffentliche und private Unterstützung aus den alten bzw. von der EU benötigen, um eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu erreichen (in Sachsen-Anhalt z.B. – wo die Studie [s.u.] durchgeführt wurde - wären dazu nötig ca. 15-20 Mrd. Euro BIP, 100.000 Arbeitsplätze auf dem ersten und 20.000-30.000 Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt); und dass genau dadurch die Abhängigkeit nochmals vertieft würde. - Aber allein die dafür notwendige Akzeptanz des Staatesziels „gleichwertige Lebensbedingungen“ ist heute schon wirtschafts- und sozialpolitisch umstritten; und es ist ernsthaft zu befürchten, dass eine Politik der „Sonderwirtschaftszone Ost“ mit der vorrangigen oder gar ausschließlichen Förderung der Wachstumszonen und innovativen Entwicklungszentren (besonders im Raum Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Potsdam und Jena) bei den anderen Regionen keinen Ausstrahlungseffekt hat, also - entgegen den besten Absichten - zu deren „passiver Sanierung“ führt.

8. Besondere Herausforderungen für die ganztagsbezogene Kinder- und Jugendarbeit

Die Gesamtheit der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen steht angesichts dieser arbeitsgesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor der Herausforderung statt blockierender Entgegensetzungen *Perspektiven eröffnende Balancen* zwischen folgenden *Entwicklungspolen* zu schaffen:

- Zwischen *Arbeit* und *Arbeitslosigkeit* bzw. Ausbildung und Ausbildungslosigkeit;
- zwischen *Erwerbsarbeit* und *anderen* Formen sinnstiftender und gesellschaftlich nützlicher wie interpersonal anerkannter Tätigkeiten;
- zwischen berufsfeldbezogenen bzw. berufsfeldübergreifenden *fachlich-sozialen* Kompetenzen und der *allgemeinen* Fähigkeit zur Entwicklung einer stabilen alltäglichen Lebensführung;
- zwischen der Bewältigung *aktueller* Lebens- und Berufsaufgaben und der Ausbildung eines reflexiv immer wieder neu einzuholenden *biografischen* Entwurfs eines gelingenden Lebens (unter Einschluss berufsbezogener Humankompetenzen);
- zwischen einer breiten *Allgemeinbildung* und zeitlich begrenzt bedeutsamer und sich immer wieder neu anzueignender *beruflicher* Bildung („passgenaue“ Berufsbildung kann es nur noch für einen kleinen Teil der Jugendlichen in besonders qualifizierten Kontexten geben, also besonders nicht für die mit besonderem Förderbedarf); erst auf Grundlage dieser breiten Allgemeinbildung können die berufliche Flexibilitätserfordernisse so berücksichtigt werden, dass zugleich eine Akkumulation der beruflichen Kompetenzen erreicht wird;
- zwischen *unterrichtlichen* und *außerunterrichtlichen* Entwicklungs- und Lernangeboten *in* der Schule;
- zwischen *schulischen* und *außerschulischen* Lernorten;
- zwischen *Selbstbildungsprozessen* der Kinder und Jugendlichen und *pädagogischen* Anregungen, Förderungen und Herausforderungen;
- und nicht zuletzt zwischen normativ und/oder (bildungs-) theoretisch begründeten *Konzepten* und *empirisch gehaltvollen* und *erfahrungsgesättigten Beschreibungen* der faktisch geförderten und vollzogenen Entwicklungs- und Lernprozessen

Mit diesem letzten Punkt sind schon zentrale Fragestellungen und Themen für eine Reportage über soziale Probleme in einer bestimmten Region (z.B. Magdeburg oder Burg oder in kleinen Dörfern in der Altmark) angesprochen: Nämlich genau zu beobachten und in verschiedensten Formen von Gesprächen und durch die Analyse von sozialstatistischen Daten zu klären, welche konkreten Entwicklungs-, Lern- und Bildungsmöglichkeiten in den verschiedenen Sozialräumen und Milieus vorhanden sind, welche strukturellen Angebotsdefizite es gibt und wo schon Ansatzpunkte

vorhanden sind bzw. sich abzeichnen, diese Defizite schrittweise abzubauen (vgl. auch Abschnitt C).

B. Ausgewählte soziale Problemlagen

Über die in den Papieren zur Sozialraum- und Milieu-Reportage bereits genannten, problemenerzeugenden Strukturen und Trends soll hier ergänzend noch auf folgende Problemlagen hingewiesen werden:

1. Innere sozialräumliche Spaltungen

Wie schon im Zusammenhang mit den Milieuentwicklungen erwähnt geht es hier um

- a) die verschiedenen „Fahrstuhleffekte“ („alle haben mehr, aber die Ungleichheiten ändern sich nicht“),
- b) die selektive Mobilität,
- c) die soziale Entmischung,
- d) die intergenerative Entmischung (junge vs. ältere/alte Bevölkerungsanteile), Ehen mit vs. ohne Kinder, Familien mit 1-2 vs. mit mehr Kindern,
- e) materielle Benachteiligung vs. Bevorzugung (z.B. große vs. kleine, preisgünstige vs. teure/überteuerte Wohnungen),
- f) gute vs. schlechte öffentliche und „private“ Verkehrsanbindungen,
- g) fördernde vs. verhindernde Sozialisationsprozesse,
- h) hohe vs. geringere Bildungschancen (gerade auch unter Beachtung der Verbreitung der neuen Kommunikations- und Bildungsmedien),
- i) symbolische Integration vs. Ausgrenzung,
- j) geringe vs. hohe Kriminalitätsrate (tatsächliche und straffrechtlich relevante bzw. polizeilich/gerichtlich verfolgte [selektive Kriminalisierung]), intensive vs. geringe polizeiliche Kontrolle (z.B. durch Videoüberwachung, Polizeistreifen usw.),
- k) viele vs. wenige Sport- und Spielmöglichkeiten,
- l) hohes vs. geringes Empowermentpotenzial,
- m) hohe vs. niedrige politische Aktivierungsmöglichkeiten,
- n) hoch- vs. geringentwickelte Urbanität und Weltoffenheit, positives vs. negatives Image im sozialen Umfeld/in der Stadt/in der Region.

Es gehört nun zu den Besonderheiten der neuen Sozialraumentwicklungen, dass diese *inneren* Spaltungen zunehmend in *äußere* Spaltungen umschlagen.

2. Äußere sozialräumliche Spaltungen

Hier ist zu verweisen auf

- a) Spaltungen zwischen wachsenden und schrumpfenden Stadtteilen, Städten und Regionen (eine besondere Form davon ist die Suburbanisierung, also das Entstehen und Wachsen von „Speckgürteln“ rund um die größeren und Großstädte),
- b) die Trennung der verschiedenen Funktionen (z.B. Wohnen vs. Arbeit vs. Konsum),
- c) die von zentraler und dezentraler politischer Entscheidungskompetenz,
- d) sozialräumliche Differenzierungen durch Spaltungen innerhalb der Städte (Enklaven des Reichtums, gentrifizierte Bezirke in der Innenstädten bzw. Vororten, Mietwohnungsgebiete der Innenstädte und der Peripherie, ethnische Enklaven, Ghettos).

3. Stadtteile/Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf („soziale Brennpunkte“)

Sie sind eine besondere Folge der sozialräumlichen Spaltung durch Verdichtung der dargestellten negativen Entwicklungsfaktoren und –trends, also der verstärkten Abspaltung, Problemkonzentration und Verunsicherung, die zu systemischen und sozialen Desintegrationsarealen führen. Hier sind unzureichend vorhanden

- a) die sozioökonomischen Basissicherheiten,
- b) die sozialpolitischen Sicherungsmaßnahmen,
- c) die sozial-kooperativen Netzwerke,
- d) die sozialökologischen Entwicklungs- und Erholungsmöglichkeiten,
- e) die sozialkommunikativen Verständigungsfähigkeiten und –bereitschaften,
- f) die Sicherheit des Wohnraumes und
- g) die Versorgung mit sozialen und Bildungs- sowie Freizeiteinrichtungen.

C. „Stadtumbau Ost als Sozialraumaneignung“ – ein exemplarisches Reportagethema

Reportagen über soziale Problemlagen sollen immer auch zu Veränderungen „anstiften“. Deshalb gehört zu ihren Themen auch immer die Darstellung von wünschenswerten und von real stattfindenden Bewältigungsbemühungen. Das soll nun beispielhaft dargestellt werden an einem wünschenswerten Projekt zur Umgestaltung der ostdeutschen Städte.

Als Folge des Umbaus der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft ist auch der Stadtumbau zu einem der zentralen staatlichen Handlungsfelder geworden, welches durch einen besonderen Widerspruch bestimmt wird. Einerseits geht es hier um eine Konsolidierung des lokalen Wohnungsmarktes durch rasche Beseitigung von Marktüberhängen. Andererseits sollen die verbliebenen Wohnräume, ihr Umfeld und die Infrastruktur insgesamt aufgewertet und weiterentwickelt werden. Angesichts der finanziellen Engpässe der staatlichen Haushalte ist die zweite Seite zunehmend in den Hintergrund getreten. Hier könnten entsprechende Projekte mit dem Motto „*Stadtumbau Ost: Von Jugendlichen - für Jugendliche*“ gegensteuern. Sie bieten eine Reihe von Entwicklungs-, Lern- und Bildungsmöglichkeiten:

1. Fachliche und sozialer Kompetenzförderung

Zunächst einmal die Möglichkeit fachliche und soziale Kompetenzen im Anwendungsbezug zu erlernen bzw. vorhandene einzusetzen und zu erproben (wie z.B. bestimmte Maschinen bedient und wozu man sie einsetzt werden und welche Koordinationsaufgaben das impliziert). –

2. Verbesserung der alltäglichen Lebensbedingungen und sozialen Anerkennung

Zugleich ist dieser Anwendungsbezug (anders auch als in den Berufsschulen) ein realer, weil tatsächlich so das gesellschaftliche Alltagsleben der Menschen verbessert wird (z.B. nach Abriss einer Fabrik ein vielseitig nutzbarer Park angelegt wird) und so einerseits schulische und außerschulische Lernorte miteinander verschränkt werden und andererseits entsprechende Aktivitäten die berechtigte soziale Anerkennung der Bevölkerung finden, wodurch auch das Selbstvertrauen der Jugendlichen gestärkt wird (alles dies sind Ansprüche, die allerdings konkret umgesetzt werden müssen). – Die Jugendlichen werden sich aber für sich selbst „gewinnbringend“ nur einsetzen, wenn solche Projekte an ihren spezifischen Fähigkeiten und Neigungen unmittelbar ansetzen, wenn bei den Anforderungen auf ihre Lernweisen und –tempo Rücksicht genommen wird und – nicht zuletzt – Formen der „Entlohnung“ gefunden werden, die tatsächlich einen merklichen Beitrag zu ihrer Existenzsicherung leisten (der es u.a. ermöglicht, die finanzielle Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie deutlich zu mindern). Deshalb sollte ein Teil der Projekte gezielt daran ausgerichtet werden, Wohnraum für die Jugendlichen zu schaffen und wechselseitig Dienstleistungen direkt – also ohne Bezahlung – auszutauschen (z.B. Kinderbetreuung gegen Reparaturarbeiten). Ferner sollten Umbauprojekte (z.B. ehemalige Kindergärten oder HO-Läden) ins Leben gerufen werden, wo die Jugendlichen sich selber Begegnungsräume schaffen, sie nach ihren Vorstellungen ausgestalten und auch selber verwalten (sie also „besitzen“).

3. Empowerment durch umfassende Partizipation

Selbstverständlich finden sich die Jugendlichen in solchen Projekten nur wieder, wenn sie gemeinsam relevanten Einfluss auf die ihre Einrichtung und Durchführung haben; wobei dieses *Recht* auf Partizipation zugleich mit der Übernahme von klar geregelten und transparenten *Pflichten* und Verbindlichkeiten verschränkt ist. Allerdings dürfen letztere nicht rigide durchgesetzt werden, denn solche Projekte dienen ja nicht nur der Herstellung von konkreten *Arbeitsergebnissen*, sondern immer auch der Förderung von sozialen und fachlichen *Bildungsprozessen*. Da die dabei auftretenden Probleme meist eine längere biografische Vorgeschichte haben, bedarf es einerseits einer längerfristig angelegten Projektarbeit, um sie schrittweise überwinden zu können; und andererseits der Festlegung von realistischen Zwischenzielen, die Erfolgserlebnisse ermöglichen.

4. Sozialräumlicher Vernetzung und politische Einmischung

Bei alledem ist – fünftens – stets zu bedenken, dass die (Sozial-)Pädagogik zur konstruktiven Bewältigung der Krisen- und Umbauprozesse der Arbeits- und Stadtgesellschaft zwar ihren spezifischen Beitrag leisten kann und sollte, dass ihr aber dafür selbstredend nicht die Hauptverantwortung aufgebürdet werden kann und darf. Vielmehr gilt es wirtschaftlich und politisch entgegenkommende Bedingungen zu schaffen, so dass die diese Vorschläge überhaupt eine Realisierungschance haben. Dazu dient insbesondere der Aufbau eines lokalen und regionalen *ExpertInnennetzwerkes*, an dem beteiligt sind VertreterInnen der Arbeitsverwaltung, der Kinder- und Jugendhilfe, der Wirtschaft, der politischen Entscheidungsinstanzen sowie die Basisnetzwerke und –öffentlichkeiten der Jugendlichen. Seine Aufgabe ist es, einen lokalen und regionalen *Sozialdiskurs* zu führen, der alle relevanten Entwicklungsprobleme offen legt und gemeinsam nach realistischen wie anspruchsvollen Lösungen sucht. Er ist zugleich der Rahmen, wo der Zusammenhang zwischen den Einzelprojekten und dem Gesamtprojekt „Stadtumbau Ost“ immer wieder hergestellt wird und wo auftretende soziale, bürokratische und politische Konflikte erörtert werden und gemeinsam zumindest nach fairen Kompromissen gesucht wird.

Literaturhinweise

- D.Baum (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit, Wiesbaden 2007.
H. Bude/ A. Willisch (hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg 2006
K.-H. Braun: Aufgaben der berufsbezogenen Jugendbildung in den neuen Bundesländern. In: Deutschland Archiv, 2007, H.1.
A .Harth u.a. : Segregation in ostdeutschen Städten, Opladen 1998.
Chr. Holl (Hrsg.): Soziale Stadt, Stuttgart-München 2002

